

Sachfrage	CDU/ CSU	SPD	Die Linke
Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns ? Wenn ja, wie hoch?	Nein Mindesteinkommen als Kombination aus „fairen Löhnen“ und staatlichen Leistungen	Ja Flächendeckender Mindestlohn in Höhe von 7,50 €	Ja Flächendeckender Mindestlohn in Höhe von 10 €
Hartz IV abschaffen? Hartz IV erhöhen? Wenn ja, auf welchen Betrag?	Nein (keine Erwähnung)	Nein (keine Erwähnung)	Langfristig Ja Ja 500 €
Abschaffung der Rente mit 67? Alternatives Renteneintrittsalter?	Nein (keine Erwähnung)	Nein	Ja Renteneintrittsalter: 65 Jahre
Abschaffung der Zeitarbeit ?	Nein Vielmehr Erhalt von „Minijobs“	Nein Aber bessere rechtliche und finanzielle Absicherung. „Minijobs“ eindämmen	Nein Begrenzt auf 6 Monate, bei gleichen Lohn-, und Arbeitsbedingungen wie Festangestellte
Lockerung des Kündigungsschutzes ?	Keine Erwähnung	Nein Sicherung von Arbeitsplätzen auch im Falle krisenbedingter Insolvenz	Nein Im Gegenteil: Der Kündigungsschutz soll ausgebaut werden
Einführung einer „ Reichensteuer “? Wenn ja, wie hoch?	Nein Zudem bleibt der Spitzensteuersatz unverändert.	Nein Jedoch stärkere Belastung der Besserverdienenden (Spitzensteuersatz von 47 %).	Ja Privatvermögen von über 1 Million € mit 5 % versteuern
Einführung einer Börsenumsatzsteuer ? Wenn ja, wie hoch?	Keine Erwähnung	Ja Europaweite Börsenumsatzsteuer von 0,5 – 1,5 % ab 1.000 € Umsatz	Ja Keine Angaben zur Höhe
(Rück-) Verstaatlichung der Grundversorgungsgüter, u. a. Wasser, Strom, Gesundheit, Bildung, Infrastruktur (z. B. Bus und Bahn)? Anmerkungen und Einschränkungen:	Nein explizite Ablehnung von Verstaatlichungen. Weitere Teilprivatisierung der Bahn. Weiterentwicklung von Public-Private-Partnerships (Einsatz privaten Kapitals zur Erfüllung öffentl. Aufgaben)	Nein fairer Wettbewerb bei den privatisierten Netzindustrien (Strom, Telekommunikation etc.). Beteiligung der Privatwirtschaft an der Infrastruktur (z. B. Verkehr)	Ja Beendigung der Privatisierung. Organisation der elementaren Daseinsfürsorge in öffentlicher Hand oder gemeinnütziger Trägerschaft
Ausstieg aus der Atomenergie ? Wenn ja, wann?	Nein Laufzeitverlängerung sicherer „Kraftwerke“	Ja bis 2021 komplett	Ja Unverzüglich und unwiderruflich.
Erleichterung der Voraussetzungen zur Einbürgerung von Ausländern? Multikulturelle Vielfalt als Wert?	Nein Bekanntnis zum Grundgesetz und zur BRD. Keine doppelte Staatsbürgerschaft. Ablehnung von „Multikulturalismus“	Ja Erleichterung der Einbürgerung. Doppelte Staatsbürgerschaft möglich. Anerkennung der kulturellen Vielfalt	Ja Erleichterung der Einbürgerung. Doppelte Staatsbürgerschaft möglich. Deutschland ist ein Einwanderungsland
Kriegseinsätze der Bundeswehr? Anmerkungen und Einschränkungen:	Ja Weltweite Verteidigung wichtiger deutscher Interessen und Werte	Ja UN-Mandat erforderlich	Nein Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, auch nicht unter UN-Mandat
Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene? Anmerkungen und Einschränkungen:	Nein (keine Erwähnung)	Ja	Ja Zusätzlich Referenden bei wichtigen Grundgesetzänderungen

Die Grünen	FDP
Ja Flächendeckender Mindestlohn von 7,50 €	Nein „Die FDP ist gegen die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen“
Nein Ja. 420 €.	Nein Jein, Einführung eines Bürgergeldes von durchschn. 662 €
Nein Jedoch abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente ab 63 Jahren.	Nein Abschaffung aller Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug
Nein Jedoch gleiche Behandlung und Bezahlung wie Stammbelagschaft	Nein (keine Erwähnung) Erhöhung der Einkommensgrenze für Minijobs auf 600€
Keine Erwähnung	Ja Schutz nur bei min. 20 Beschäftigten und nach 2 Jahren Betriebszugehörigkeit
Nein Jedoch zeitlich befristete einmalige Vermögensabgabe nach Art. 106 GG	Nein Senkung des Spitzensteuersatzes auf 35 %
Ja Finanzumsatzsteuer (erweiterte Börsenumsatzsteuer)	Keine Erwähnung
Nein Staat ist für die Regulierung der Märkte zuständig. Eine weitere Deregulierung soll verhindert werden. Unterstützung kommunaler Daseinsfürsorge	Nein „Der Staat muss sich aus der Wirtschaft zurückziehen.“ Weiterer Ausbau der Privatisierung von Rente, Gesundheit, Bildung und Verkehr. Deregulierung
Ja Keine Laufzeitverlängerung	Nein Verlängerung der Laufzeiten
Ja Doppelte Staatsbürgerschaft möglich. Bekenntnis zur multikulturellen Realität	Keine Erwähnung Doppelte Staatsbürgerschaft möglich. „Deutschland ist ein Einwanderungsland“
Ja UN-Mandat erforderlich	Ja UN-Mandat erforderlich
Ja Zusätzlich obligatorische Referenden bei GG-Änderungen + EU-Verträgen	Ja Bürgerentscheide auf Landes- und Bundesebene.

Quellen:

CDU/CSU: www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf
SPD: www.spd.de/de/pdf/parteiprogramme/Regierungsprogramm2009_LF_navi.pdf
Die Linke: http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/485516_LinkePV_LWP_BTW09.pdf
Die Grünen: www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/295/295495.wahlprogramm_komplett_2009.pdf
FDP: <http://60.parteitag.fdp.de/files/3607/FDP-Bundestagswahlprogramm2009.pdf>

ATTAC Jena-Weimar ist ein Zusammenschluß politisch interessierter und sozial engagierter Menschen der Region Jena und Weimar. Wir informieren zu aktuell-politischen Themen mit fundiertem Hintergrundwissen und öffentlichen Aktionen. Seit 2002 ist unsere Regionalgruppe aktiv. Wir sind parteienunabhängig, kein Verein und unsere Gruppe ist nicht kommerziell tätig. Wir wollen, daß die **Menschen im Mittelpunkt** stehen und nicht das Geld. So denken immer mehr. Doch das kommt nicht von allein – dafür müssen wir etwas tun: **Wir denken global und handeln in und um Jena und Weimar!** Jeder, der sich unseren Zielen verbunden fühlt, ist eingeladen mitzumachen!

Stand: Sommer 2009

V. i. S. d. P.: ATTAC Jena-Weimar, c/o Hoffmann, August-Gärtner-Str. 35, 07749 Jena



Attac Jena-Weimar

fragt:

Wer verspricht was?

12 kurze Fragen an die 5 Bundestagsfraktionen

Attac Jena-Weimar lässt stellvertretend die Wahlprogramme antworten:

Diese tabellarische Übersicht greift repräsentativ einige wichtige Problembereiche auf, und gibt die Lösungsstrategien wieder, wie sie von den fünf Bundestagsfraktionen in ihren Bundestagswahlprogrammen formuliert werden. Unser Ziel ist es, die prägnanten Unterschiede anschaulich zu machen, die es zu allen Themenbereichen innerhalb des Parteienspektrums gibt. Es ist nicht egal, wem man seine Stimme gibt. Es ist wichtig, mit seiner Wahlstimme Stellung zu beziehen!

Die ausgewählten Schwerpunkte sowie die ausschließliche Berücksichtigung der im Bundestag vertretenen Parteien sollen nur als Orientierungshilfe und Anregung zu weitergehender Beschäftigung dienen.

www.attac-netzwerk.de/jena-weimar